Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 27 (1947-1948)
Heft: 7

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Der abschließende Bericht der Pariser Konferenz, oder, wie der Titel offiziell heißt, des

«Komitees für europäische Wirtschaftszusammenarbeit»,

stellt zweifellos eine bedeutende und vor allem sicher eine gründliche Arbeit dar. Auch möchte man sagen, daß sich darin die Tatsache kaum bemerken läßt, die in der Intervention der Vereinigten Staaten kurz vor dem Abschluß der Konferenz ihren Niederschlag fand — mit Ausnahme vielleicht des Abschnittes über die europäische Zollunion, der nach wie vor etwas weltfremd anmutet, nachdem auch Großbritannien im Grunde dagegen ist *). Besonders ermutigend ist in dem Bericht zweifellos die Feststellung, daß

> *die 16 beteiligten Länder erklären, selbst alle notwendigen Maßnahmen für ihre interne finanzielle Stabilität zu treffen,*

und daß sie weiterhin erklären,

> *daß die beteiligten Länder eine besondere Hilfe der Vereinigten Staaten zur Deckung des westeuropäischen Defizits gegenüber dem amerikanischen Kontinent weder verlangen noch erwarten.*

Man wird also sagen können, die beteiligten Länder hätten ein großes Maß von Entschlossenheit aufgebracht, um soweit möglich mit eigenen Mitteln aus der heutigen schwierigen Lage herauszukommen. Daß aber diese Feststellung nicht ohne bestimmte Vorbehalte gemacht werden könne, das erscheint nun freilich angesichts der gegebenen Verhältnisse nicht unbillig, sondern vielmehr geradezu selbstverständlich. So wird denn im folgenden deutlich erklärt,

> *daß die Länder, deren Gold- und Dollarreserven erschöpft wurden, nicht ohne genügende Hilfe von außen neues Vertrauen in ihre Währung schaffen könnten.*
> Im einzelnen wird dann

ein geradezu massives Programm

für die Steigerung der europäischen Produktion entworfen. Am wichtigsten daraus zu erwähnen wäre

> *1. eine Steigerung der Kohlenproduktion um ein Drittel im Vergleich zu 1937 und um 30 Millionen Tonnen über den Stand von 1938,*

---

*) Einen realen und sehr interessanten Gehalt haben dagegen die anscheinend energisch an Hand genommenen Verhandlungen über eine *Zollunion zwischen Frankreich und Italien.*

2. *eine Erweiterung der Produktion von elektrischer Energie um fast 40 % über diejenige von 1947 und die Steigerung der Leistungsfähigkeit um zwei Drittel im Vergleich zum Vorkriegsstand,*
3. *eine Steigerung der Stahlproduktion um 80 % über diejenige von 1947 oder um 20 % über jene von 1938 (ausschließlich der deutschen Westzonen).*

Hier ist in der Rubrik

«elektrische Energie»

gewiß die Intervention bestimmter Gedanken zu verzeichnen, welche der britische Außenminister Bevin zu wiederholten Malen schon geäußert hat. Man erinnert sich seiner großzügigen und initiativen Vorschläge in diesem Bereich, welche eine intensive Zusammenarbeit der Länder innerhalb der Alpengebiete zur gemeinsamen Ausnützung der Wasserkraft vorsahen. Nachdem die schweizerische Elektrizitätswirtschaft sich, wie man neuerdings erfahren konnte, für die Produktion elektrischer Energie auf ausländischem Territorium zu interessieren beginnt, könnte hier unter Umständen einer bemerkenswerten Entwicklung entgegengesehen werden. Immerhin ist zu sagen, daß seitens der schweizerischen Delegation an der Konferenz zu diesem Punkte bis heute keinerlei Äußerung bekannt geworden wäre, die auf eine bestimmte Einstellung zu solchen Projekten schließen lassen könnte.

Bei aller Anerkennung, welche bestimmt jeder Beobachter der europäischen Verhältnisse im allgemeinen und der schweren Lage der hauptbeteiligten Länder im besonderen der großzügigen Planung dieser Projekte entgegenbringen wird, werden sich nun freilich

gewisse Vorbehalte

kaum umgehen lassen. Man wird sie wohl auch seitens der amerikanischen Adressaten des Planes nicht ohne Deutlichkeit anbringen, und vielleicht sind sie von der Gruppe des Herrn Clayton in Paris mit mehr oder weniger amerikanischer Zurückhaltung auch schon angebracht worden. Denn die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Monate in den hauptbeteiligten Ländern ist zweifellos ganz dazu angetan, solche Vorbehalte mit aller Entschiedenheit in Erscheinung treten zu lassen. Diese Entwicklung aber ist ihrerseits auf Erscheinungen des politischen und sozialen Lebens in den betreffenden Ländern zurückzuführen, welche die Verwirklichung der zweifellos recht hoch gespannten Ziele des Pariser Planes mit einer nicht geringen Unsicherheit umgeben werden. So ist beispielsweise die Produktion auf dem

Kohlensektor

bisher weder in England noch in Frankreich in einigermaßen befriedigender Weise fortgeschritten; im Gegenteil hat sie verschiedene Rückschläge zu verzeichnen. Was im besonderen die Lage im französischen Bereiche betrifft, so zwingen die bisherigen Erfahrungen mit den verstaatlichten Betrieben zu einem Schluß, welcher der künftigen Entwicklung nur wenig günstig sein kann. Es ist die allgemeine Erscheinung, die nach den bisherigen Erfahrungen wenigstens der Entwicklung fast aller in jüngster Zeit verstaatlichter Unternehmungen eigen ist, und die sich in einem offenkundigen Rückgang der Produktion und einer darauf und auf verschiedene andere Umstände zurückzuführenden Defizitwirtschaft äußert. Zu diesen strukturellen Ursachen kommen insbesondere in Frankreich die fortdauernd ungünstigen

Bedingungen aus dem politischen Sektor, welche sich in einem steten Druck auch auf dem sozialen Felde äußern. So fragt man sich allen Ernstes, wie es beispielsweise diesem Lande unter den gegebenen Verhältnissen möglich sein sollte, seinen auf dem Papier gewiß ausschlaggebenden Beitrag zu den Produktionsziffern in diesem Sektor zu leisten. Dasselbe gilt auf dem Gebiete der

Stahlproduktion.

Zwar ist hier, soweit England in Frage steht, die Verstaatlichung mit allen ihren beobachteten Unzuträglichkeiten vorerst noch vermieden, aber die Unsicherheit besteht weiter, und in Frankreich liegen die Verhältnisse hier auf Grund der allgemeinen Bedingungen ebenso ungünstig wie bei der Kohle.

Inzwischen ist nun der Bericht in Washington überreicht worden, und bereits befassen sich, wie man hört, zehn Kommissionen mit seiner Prüfung. Insbesondere werden sie sich mit dem Zentralpunkt des Berichtes zu beschäftigen haben, welcher mit Bezug auf die erwähnten Ziele feststellt,

> *daß diese Ziele nur erreicht werden können, wenn die eigenen europäischen Anstrengungen durch einen Strom von Waren und Dienstleistungen aus der übrigen Welt unterstützt werden.*

Alles in allem beläuft sich nach dem Bericht der Dollarbedarf der beteiligten Länder mit Einschluß der für die Stabilisierung benötigten Beträge auf 19,33 Milliarden Dollars bis zum Jahre 1951, zu welchem Zeitpunkt der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas, gemäß den Schlußfolgerungen des Pariser Planes, abgeschlossen sein soll. Daß diese Leistungen überwiegend in der Lieferung von Waren zu erfolgen hätten, ergibt sich aus den allgemeinen Umständen; diese Verhältnisse sind es auch, die allein eine Zustimmung der entscheidenden amerikanischen Instanzen, vor allem also des Kongresses, möglich machen. Allein ganz abgesehen davon wird Amerika nicht zögern, darüber hinaus gewisse strukturelle Garantien zu verlangen, welche die Einhaltung des so großzügig entworfenen großen Programmes wenigstens in ungefähren Ausmaßen sicherstellen sollen.

Mit dem Pariser Dokument, das sich gewissermaßen als grundlegendes Element des Marshall-Planes ansieht, wäre der erste voraussetzende Schritt zu dieser großen amerikanischen Initiative getan. Die Fortsetzung dieser Initiative aber läge, abgesehen von den erwähnten wirtschaftspolitischen Vorbehalten gegenüber den petenten Ländern, durchaus in der Linie der allgemeinen Politik, welche die Vereinigten Staaten nun

vor dem Forum der UNO

vertreten. Es handelt sich demnach um eine Fortsetzung der Organisierung des europäischen Westens ganz allgemein, die zwar nicht gegen den Osten, aber, wie die Dinge heute liegen, notgedrungen ohne ihn erfolgen soll. Dieselbe Unabhängigkeit der Entwicklung gegenüber dem Osten soll nun auch im Rahmen der UNO erstrebt werden. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bereiche dieser Organisation ist am Ende nicht daran zu zweifeln, daß die amerikanischen Vorschläge durchgehen werden, vielleicht in einer etwas gemilderten Fassung, wie sie die Engländer, die ihre Mittelposition, wenn immer möglich, zu halten gedenken, gerne haben möchten. Freilich wird damit aus der Perspektive des Weltfriedens nicht ohne weiteres viel gewonnen sein, weil die Lösung der großen Probleme

zwischen den Mächten natürlich nicht im Wege der Majorisierung, sondern nur durch die Abgrenzung der gegenseitigen Machtsphären zu erreichen ist. Die amerikanischen Anträge erscheinen also vor allem als ein taktisches Aushilfsmittel auf dem Wege der Sicherung und des Ausbaues der allgemeinen Positionen des Westens. Soweit sie Änderungen im Rahmen der UNO bedingen, ist ihnen übrigens keine allzu große Bedeutung beizumessen, weil die in der Charta festgelegten Befugnisse des Sicherheitsrates nach der Fassung der amerikanischen Anträge im wesentlichen unberührt bleiben. Deshalb wird wohl auch ein Rückzug der Sowjetunion aus der Weltorganisation vorerst kaum in Rechnung zu stellen sein, wenn auch bereits viel davon gesprochen wird. Unverkennbar im Zuge dieser Entwicklung ist freilich eine Schwächung der UNO selbst, aber diese liegt nicht in der Formulierung der amerikanischen Anträge, sondern in der großen weltpolitischen Entwicklung überhaupt. Je schärfer die Gegensätze zwischen den Hauptmächten, desto schwächer die UNO: über diesen Grundsatz wird man auch mit taktischen Auskunftsmitteln nicht hinwegkommen.

Inzwischen haben sich diese grundlegenden

Gegensätze der Weltmächte

weiter zugespitzt. Das zeigt sich auf allen Gebieten, so daß die in dieser Periode erfolgte Ratifikation der Friedensverträge mit Italien, Finnland und den Ländern des Südostens kaum große Beachtung gefunden hat. Man sieht deshalb auch der für den November vorgesehenen Konferenz der Außenminister in London mit sehr geringen Hoffnungen entgegen, und es ist auch sehr wahrscheinlich, daß sich dort die Gegensätze eher weiter verschärfen werden. Im Zuge dieser großen Entwicklung wird auch die Teilung Mitteleuropas immer deutlicher, immer unausweichlicher, und in erster Linie trifft dies auf Deutschland zu, wo von der nahe bevorstehenden Schaffung einer

Sozialistischen Republik Ostdeutschland

gesprochen wird, für deren Start bereits Weisungen im Sinne der Abhaltung einer Volksabstimmung vorliegen sollen. Die Flucht verschiedener hoher und höchster Persönlichkeiten aus den Bereichen der Ostzone nach der amerikanischen Zone scheint wie eine Bestätigung dieser Meldungen zu wirken. Anderseits aber ist es inzwischen um die Vereinigung aller Westzonen wieder still geworden, da anscheinend die Franzosen neuerdings Hemmungen verspüren. Allein die Position dieses Landes ist nachgerade dermaßen zugespitzt und sein Dollarbedarf nun so dringend geworden, daß die betreffenden Wünsche der Vereinigten Staaten sich doch wohl ohne weitere Schwierigkeiten durchsetzen dürften.

So läßt sich also eine deutliche Verschärfung der allgemeinen Lage feststellen. Dabei ist aber eine Tatsache immer wieder auffallend: jedesmal dann nämlich, wenn die Zuspitzung der Gegensätze in publizistischer Beziehung ungefähr das Maximum ihrer Schärfe erreicht zu haben scheint, vernimmt man aus den Vereinigten Staaten

den Ruf nach dem mittleren Weg,

die sehr bange Frage, ob nicht doch eine Verständigung möglich wäre. Darin aber liegt ein symptomatischer Hinweis nach der nachgerade bekannten Richtung,

daß man eben keineswegs geneigt ist, bis zum Äußersten zu gehen, und daß man dies von der Gegenseite im Grunde auch nicht erwartet.

Im Einzelnen wäre noch zu berichten von dem Ergebnis der Beratungen der Kommission der UNO für

Palästina.

Es wird mit Mehrheit eine Teilung des Landes vorgeschlagen, und man scheint auf der jüdischen Seite diesmal nicht ohne weiteres dagegen, auf den Vorschlag einzugehen, während sich dieselbe Seite von dem Standpunkt der Minderheit der Kommission, welcher nach der Richtung einer Art föderativen Bundesstaates geht, nicht viel versprechen will. Die Araber freilich sind nach wie vor abgeneigt, irgendeinem dieser Vorschläge ihre Zustimmung zu geben. Bewußt der starken Position, welche

die Mohammedanerschaft

heute allgemein einnimmt, kehren sie den stolzen Mann heraus, so daß vorerst eine Lösung des Konfliktes immer noch nicht zu erkennen ist. Mit der Stärkung des mohammedanischen Selbstbewußtseins versteift sich übrigens auch die Haltung der früheren Kolonialvölker ganz allgemein, und hier ist von den europäischen Nationen entsprechend seiner allgemein schwachen Lage am meisten wieder Frankreich betroffen, dessen neue Vorschläge in

Indochina

zum andern Male scharf abgelehnt worden sind. Anderseits scheinen sich aber die Holländer von der Intervention durch die UNO einigermaßen erholt zu haben, indem sie durch weitere Aktionen ihr Ziel, nun freilich im Stillen, zu erreichen suchen.

Zum Schluß mag noch zweier wichtiger Ereignisse in Südosteuropa gedacht werden, die allgemeine Bewegung in der Welt ausgelöst haben:

In Ungarn

haben die Wahlen vom 31. August eine klare bürgerliche Mehrheit ergeben.

In Bulgarien

hat unter allgemeiner Anteilnahme des Westens der Führer der Bauernpartei, Petkoff, den Tod durch den Strang erlitten. Der United-Preß-Korrespondent Edward Roberts beendet seinen eingehenden und stark gefühlsmäßig betonten Bericht hierüber wie folgt:

Wenn in einer unabsehbaren Zukunft sich Bulgarien vom Kommunismus befreien sollte, wird Nikola Petkoff wahrscheinlich ein nationaler Held werden, der den Märtyrertod gestorben ist. Auf der breiten Hauptstraße von Sofia steht ein Denkmal für seinen Vater, Dimitru Petkoff, der im Jahre 1908 von politischen Mördern erschossen wurde. Auf einem der geräumigen, baumumsäumten Plätze im Zentrum der Stadt zeigte man mir den Ort, wo sein Bruder, ebenfalls ein Oppositionsführer, im Jahre 1923 niedergeschossen wurde.

Jann v. Sprecher.

Brief aus Paris

Der Krieg ist im Laufe dieses Sommers nicht ausgebrochen. Nichtsdestoweniger wird der Sommer des Jahres 1947 im Gedächtnis der Pariser lebendig bleiben. Der bisherige *Temperaturrekord* ist übertroffen worden, da das Thermometer in der Hauptstadt die Höhe von 40,5 Grad erklettert hat. Man wird sich aber auch daran erinnern, daß

die Nationalversammlung

trotz der sengenden Hitze erst im September in die Ferien ging. Aber dieser Stoizismus hat ihr die Popularität nicht wiedergeschenkt, denn die Mehrzahl ihrer Mitglieder ist aus eigener Machtvollkommenheit in die Ferien gegangen und wichtige Verhandlungen haben sich vor leeren Bänken abgespielt. Da es zum guten Ton gehört, die Ohnmacht des Regimes zu verkündigen, haben grämliche Gemüter geglaubt, eine neue Art Unfähigkeit ausfindig machen zu können, die Unfähigkeit, in die Ferien zu gehen! Sie haben daran erinnert, daß früher die Regierung von ihrem Rechte Gebrauch machte, den außerordentlichen Sessionen durch Festlegung des Abschlußtages ein Ende zu setzen. Heute hat sie diese Vollmacht eingebüßt, und die Nationalversammlung, eingehüllt in den Mantel der Souveränität, kann das Wort «Schluß» nicht mehr finden. Schließlich hat sie dann aber doch Schluß gemacht. Aber vielleicht ist es nur ein falscher Schluß, und man wird sie zurückrufen müssen, falls sich die Lage verschlimmern sollte und auf dem Gebiete der Finanzen oder der Ernährung außerordentliche Maßnahmen auferlegen würde. Inzwischen hört Paris, zu Gunsten der Provinz, woselbst

die Gemeindewahlen

vorbereitet werden, vorübergehend auf, das Zentrum der politischen Tätigkeit zu bilden. Diese Wahlen scheinen eine ganz besondere Bedeutung einnehmen zu wollen; dies ist wenigstens die Ansicht der Kommunisten, die Vorbereitungen für eine große politische Schlacht treffen und ausposaunen, die Demokratie müsse gerettet werden. Es ist zu berücksichtigen, daß die durch General de Gaulle begründete Bewegung R.P.F. (Rassemblement du Peuple Français) zum ersten Mal in der politischen Arena auftritt. Die Parteien des Zentrums und ganz besonders das M.R.P. beklagen es, daß man auf diese Weise Wahlen verpolitisieren will, die nur lokale Probleme aufwerfen, da sie die Verwaltung der Departemente und Gemeinden berühren.

Im Hinblick auf diese Kontroverse ist es angezeigt, festzustellen, in welcher Hinsicht diese Wahlen bedeutungsvoll sind und inwiefern nicht. Erinnern wir uns zunächst daran, daß unter der Dritten Republik ihre allgemeine Bedeutung außer Zweifel stand. Sie beeinflußten die Rekrutierung des Senats. In Zukunft werden sie in gleicher Weise die Zusammensetzung des Rates der Republik beeinflussen, der an die Stelle des Senates getreten ist. Aber diese Versammlung ist weit davon entfernt, die Kompetenzen des Senates übernommen zu haben; bis heute war ihre Bedeutung praktisch gleich Null.

Die den lokalen Wahlen zugeschriebene Bedeutung ist vor allem psychologischer Natur. Die einzelnen Parteien sind begierig, in Erfahrung zu bringen, wie es um ihre Beziehungen zur öffentlichen Meinung bestellt ist. Sie stellen die

wachsende Unzufriedenheit

im Lande fest, die sich auf die verschiedenste Art und Weise äußert. Es handelt sich darum, festzustellen, wer von dieser Unzufriedenheit Nutzen ziehen und wem

sie schaden wird. Die Kommunisten denken daran, die Früchte ihres Übergangs zur Opposition einzuheimsen, aber man erinnert sie daran, daß sie bis im Mai dieses Jahres an der Macht teilhatten. Im übrigen versuchen alle Parteien der Regierungskoalition diese Art von Doppelspiel zu praktizieren, die Machtausübung und die Opposition unter einen Hut zu bringen. Das M.R.P. hat das Steuer der Regierung nicht in Händen und verharrt in vorsichtiger Reserve. Die Radikalen haben ihre Mißbilligung der Regierungspolitik im allgemeinen nie verheimlicht. Die Sozialisten endlich sind an ihrem neulichen Kongreß in Lyon mehrheitlich von der Regierung abgefallen und verkünden, der Grund für den völligen Mißerfolg sei durch die Tatsache begründet, daß das M.R.P. und die Radikalen der Anwendung eines wahren sozialistischen Programms entgegengearbeitet hätten.

Bei diesen Mißklängen wird der Wähler vielleicht geneigt sein, zu denken, man mache sich lustig über ihn und alle diese Parteien fortjagen. Auch darf gesagt werden, daß

General de Gaulle und die Leiter des R.P.F.

mit außergewöhnlicher Geschicklichkeit vorgehen. Denn das R.P.F. gibt sich nicht als Partei aus, sondern stellt sich über die Parteien. Es bietet auf diese Weise dem Wähler die Möglichkeit, gegen die Parteien in ihrer Gesamtheit zu stimmen. Das R.P.F. läßt es gelten, daß seine Mitglieder rechts oder links stehen, zu den Sozialisten oder zum M.R.P. gehören und schließt nur die Kommunisten aus. Sofern die Wahlen in einer Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und R.P.F. gipfeln, folgert daraus eine Niederlage der Parteien. Dabei hat seltsamerweise das M.R.P. viele seiner Erfolge der Tatsache zuzuschreiben, daß es die Ideen des Generals de Gaulle zu verkörpern schien. Dergestalt zeichnet sich die Lage bei den allgemeinen Wahlen ab. Möglicherweise bilden sie den ersten Akt einer neuen Entwicklung der französischen Politik. Aber wie sich auch immer diese Entwicklung gestalten mag, muß man sich doch fragen, bis zu welchem Grade sie befähigt wäre, einen Einfluß auf die Führung der Staatsgeschäfte zu gewinnen und einen Druck auf die augenblickliche, tatsächliche Lage auszuüben.

An der Unzufriedenheit des Franzosen ist nicht im geringsten zu zweifeln. Aber wie sie sich auch immer ausdrücken mag — die durch eine schlechte Ernte entstandene Lage, eine Lage, die wiederum durch die Kälte des Winters und die Dürre des Sommers hervorgerufen worden ist, wird dadurch nicht geändert. Der Getreidemangel wird die Leiter der Regierung — wer immer sie sein mögen — veranlassen, sich an diejenigen Länder zu wenden, die Getreide liefern können. Der Kohlenmangel verpflichtet, eine Richtung einzuschlagen, die dem Willen jener entspricht, die über die Kohlen gebieten. Die

heikle Lage des französischen Frankens

— eine Folge der eben erwähnten beiden Defizite — stößt Frankreich in das Lager jener, die über finanzielle Hilfskräfte verfügen. Ob Frankreich einen Irrtum beging oder richtig gehandelt hat — es sieht sich schon jetzt gezwungen, die Grundsätze seiner Deutschlandpolitik preiszugeben, soweit dieselben der Auffassung Washingtons widersprechen. Der Druck von außen ist schon jetzt zu stark, als daß man ihm auf unbestimmte Zeit widerstehen könnte. Häufig scheinen die diplomatischen Verhandlungen nur noch ein höfliches Spiel zu sein, um die Fassade ehrenvoll zu retten.

Die große Mehrheit der Franzosen spürt und erfaßt diese Tatsachen. Sie erklären eine gewisse Enttäuschung, begleitet von einer wachsenden Gleichgültigkeit in Fragen der persönlichen Meinung. Was nützt es, eine Ansicht zu haben, wenn man mit Kräften ringt, die einem nicht nach seiner Meinung fragen? In der letzten Zeit sprach man sehr viel von Mutlosigkeit in England. Diese Erscheinung mo-

ralischer Müdigkeit ist in Frankreich nicht weniger stark. Gewiß sind die Reaktionen in beiden Völkern und die äußeren Anzeichen verschieden. Aber ist der tiefste Grund nicht bei beiden Völkern der gleiche?

Amerikanische Journalisten haben den Ausdruck

«kalter Krieg»

(«the cold war») geprägt, um die gegenwärtige Lage zu charakterisieren. Dieser Ausdruck gleicht ein wenig dem Ausdruck des Jahres 1939 «drôle de guerre». Dieser kalte Krieg, der ironischerweise im heißesten Sommer des Jahrhunderts ausbricht, ist ein seelenloser Krieg in einer Welt ohne Seele.

Bertrand de la Salle.

Brief aus Deutschland

Man schreibt uns aus *Berlin:*

Es ist unmöglich, ein auch nur einigermaßen allgemeingültiges Bild von der Lage in Deutschland zu geben, weil nicht nur die Zonengrenzen eine unterschiedliche Entwicklung bedingen, sondern die Scheidelinien der Gesinnung und Haltung gegenüber dem Schicksal in Zickzackkurven durch die deutschen Länder die Menschen voneinander trennen.

Wir wollen versuchen, durch kaleidoskopartige Bilder aus der Unübersichtlichkeit der deutschen Zustände wirklichkeitsgetreue Eindrücke sine ira et studio zu geben, in der Erwartung, daß aus ihrer Vielfalt sich allmählich die zutreffende Diagnose der deutschen Situation von selbst ergeben wird. Dabei wollen wir bei der deutschen Not, bedingt durch Hunger, Mangel an den notwendigsten Bedarfsgegenständen des täglichen Lebens, die Flüchtlings- und die Kriegsgefangenenfrage, die Seuchen und was alles sonst noch das Elend vergrößert, nicht verweilen. Sie ist eine Tatsache und bildet den Boden, aus dem alle Schwierigkeiten erwachsen. Darüber zu jammern, ist nutzlos und unwürdig. Sie ist in der Welt bekannt, und Liebestätigkeit, sie zu lindern, ist in allen Ländern rührig und wird von dankbaren Herzen empfunden. Das Schicksal wenden kann sie nicht. Den Deutschen liegt es ob, sich durch die äußerste, gemeinsame Kraftanstrengung ihrer würdig zu erweisen und an dem entscheidenden Punkt einzusetzen:

der inneren Wandlung des deutschen Menschen.

Hier sind positive Kräfte am Werke, deren Zusammenschluß aber durch die Zonenschranken und die unvorstellbare Erschwerung des freien Verkehrs gehindert wird. Dieser vorhandene Wille ist leider nicht so sichtbar wie das Treiben der Unbelehrten und der Menschen bösen Willens.

*

Ein großer Teil des deutschen Volkes ist nicht in der Lage und nicht willens, über den wahren Grund der heutigen Zustände sich ehrlich Rechenschaft abzulegen. Sie wollen sich nicht eingestehen, daß die tiefere Ursache aller ihrer Not und ihrer Verzweiflung immer nur Adolf Hitler ist. Sie vergessen über den sie so sehr bedrückenden Wirkungen die Ursache. Diese gefährliche Stimmung wird bewußt genährt von den starken Überbleibseln aus der Nazizeit. Wir sprechen nicht von den Resten, die sich im Geist und der Gesinnung als Komplexe («Hitler in uns selbst») erhalten haben, sondern von den sehr realen Trägern des Nazismus. Sogar Deutsche,

die persönlich unter dem Terrorregime gelitten haben, legen sich nicht genügend Rechenschaft ab, daß die Nazis nach ihrem Verschwinden von der Oberfläche ebenso gefährlich sind wie in der Zeit, ehe sie gekommen waren. Man konstatiert mit Erschrecken, daß die gleiche Unterschätzung auch bei den Besatzungsmächten herrscht.

Die sogenannte nationalsozialistische «Elite»,

wie sie im Reichssicherheitshauptamt und im Sicherheitsdienst kristallisiert war, hatte sich keiner Täuschung über die katastrophale Form des kommenden Zusammenbruchs hingegeben. Diese Männer hatten ihre Vorkehrungen gerade für diesen Fall getroffen nach dem Prinzip der Arbeitsteilung; je nach Eignung sollten sie sich in der künftigen englischen, amerikanischen, französischen oder russischen Zone einnisten unter sorgfältigster Tarnung, die ihnen bei dem Vorrat an raffiniert gefälschten Ausweisen nicht schwer fallen konnte. Kaum ist es dem einen gelungen, wieder in ein Amt hineinzukommen, so versucht er zunächst und meist mit Erfolg, die *Personalabteilung* unter seine Leitung zu bringen. Als solcher ist er der Vorsitzende der Entnazifizierungskommission seines Bereiches, und es fällt ihm dann nicht schwer, die Entnazifizierung von ihm nahestehenden Nazis durchzusetzen, von denen der nächste dann die *Wirtschaftsabteilung* in die Hand gedrückt bekommt, aus deren ungetreuer Verwaltung sich für andere Leute Vorteile hinauswirtschaften lassen, gegenüber denen hungernde und notleidende Menschen nicht unempfindlich zu sein pflegen. Alle diese neu Arrivierten stehen miteinander in Verbindung, und so legt sich allmählich wieder

ein braunes Netz über ganz Deutschland

unter den Augen der Besatzungsmächte und der deutschen Behörden. Daß die Verbindungen zu den Nazikreisen im Ausland — wir denken besonders an Italien — bestehen, beweist schon die Tatsache, daß viele prominente Nazis, denen die Flucht aus Gefangenenlagern gelang, nicht wieder aufgegriffen wurden, sondern ins Ausland gelangten und zum Teil von Genua aus die Reise nach Übersee antreten konnten. Sie eilten in die Arme ihrer Parteigenossen, die gerade in *Südamerika,* wohl auch in *Spanien* und *Portugal,* noch über sehr erhebliche, nicht aufgedeckte *Geldreserven* verfügen.

Die deutschen Zeitungen haben in letzter Zeit verschiedentlich Nachrichten gebracht, daß *nationalsozialistische Demonstrationszüge* stattgefunden haben, daß auf jüdischen Friedhöfen *Gräber geschändet* sind und daß ein fühlbar dreistes Auftreten ehemaliger Nazis sich überall bemerkbar macht. Diese Tatsache wird auch dadurch erhärtet, daß die Mitglieder der Widerstandsbewegung und diejenigen Deutschen, die sich zu loyaler Mitarbeit den Besatzungsmächten zur Verfügung gestellt haben, Drohbriefe aus allen Gegenden Deutschlands erhalten. Wir nehmen diese Entwicklung nicht tragisch, da wir die Überzeugung haben, ernsthaften Versuchen der Nazis, von denen ein Gerücht wissen will, daß sogar wieder eine Zentrale der NSDAP gegründet ist, mit den geeigneten Mitteln begegnen zu können. Wir wünschten nur, daß die Besatzungsmächte diesen Vorgängen erhöhte Aufmerksamkeit widmeten, denn so lange das nicht geschieht, werden alle Entnazifizierungsverfahren mehr oder weniger zu einer Farce.

*

Die Handhabung der Entnazifizierungsverfahren

in den Westzonen findet in der Öffentlichkeit starke Kritik. In der Ostzone hingegen ist angeblich die Entnazifizierung restlos durchgeführt. Das ist eine von den

typischen Behauptungen aus dieser Gegend, denen ein denkender Deutscher keinerlei Glauben beimißt. Wir wissen zu genau, daß in der Ostzone ein geeignetes Parteibuch heute jede Sünde von früher, sie mag noch so verbrecherischer Art gewesen sein, zudeckt und daß den so bekehrten Pg wiederum alle Möglichkeiten offen stehen. Für die Terrorherrschaft der SED in den kleinen Städten und auf dem Lande in der Ostzone bringen sie ja den Befähigungsausweis mit.

Die Unzuverlässigkeit der Mitteilungen über

die wirtschaftlichen Zustände in der Ostzone

und die angeblich zufriedenstellende Ernährungslage sind ebenso wenig glaubwürdig wie die andern Nachrichten aus der gleichen Quelle. Offiziell ist die Demontage in der Ostzone seit langem eingestellt. Tatsächlich aber wird sie ununterbrochen fortgesetzt, und zwar in großem Ausmaß. Die Zeitungen haben gemeldet, daß auch mit der Demontage von Eisenbahnlinien erneut begonnen worden ist, und das in erheblichem Umfang. Manche Städte, so vor allen Dingen in Mecklenburg, sind inzwischen in den *Zustand der Zeit der Postkutsche* zurückgeworfen worden, da sie von jeder Eisenbahnverbindung abgeschnitten sind, nur mit der Einschränkung, daß weder Pferde für eine Postkutsche geschweige denn Automobile für den Personen- oder Güterverkehr zur Verfügung stehen. Amerikanische Blätter brachten die verbürgte Nachricht, daß die russische Armee im wesentlichen aus dem Lande lebt und große Mengen von Getreide, Zucker und andern Lebensmitteln ständig abtransportiert werden. Auch die Wirtschaft in der Ostzone arbeitet lediglich für die Besatzungsarmee. Der Prozentsatz aus der Produktion, der für die deutsche Bevölkerung zur Verteilung gelangt, ist ein so geringer Bruchteil, daß er überhaupt nicht zu Buche schlägt.

*

Ähnliche Klagen kommen aus der

französischen Zone,

da die Besatzungstruppen, zu denen eine große Zahl von Angehörigen gestoßen ist, gleichfalls aus der besetzten Zone leben, während dadurch der Hunger der deutschen Bevölkerung empfindlich verstärkt ist. Solche Feststellungen können für die amerikanische und englische Zone nicht getroffen werden. Gegenteilige Behauptungen gerade für die britische Zone sind als böswillige Verleumdungen und Propaganda der Kommunisten entlarvt worden. Und trotzdem ist die Einstellung der deutschen Bevölkerung gerade auch in der

britischen Zone

von der Ablehnung zum Haß gediehen. Hier liegen zweifellos die wesentlichsten Fehlerquellen in der deutschen Mentalität, die unberechtigterweise viel zu viel von den englischen Truppen erwartet hatte und die großen Schwierigkeiten, unter denen das Empire leidet, nicht sehen will und die menschliche Fähigkeit, die Notlage nach einer Katastrophe zu lindern, überschätzt. Ehrlicherweise muß zugegeben werden, daß auch auf britischer Seite ein Versagen festzustellen ist. Es ist den Engländern in den zwei Jahren nicht gelungen, die Wirtschaft in nennenswerter Weise in Gang zu bringen. Ihr Verwaltungsapparat funktioniert nicht, und die Auswahl der deutschen Mitarbeiter ist nicht immer glücklich zu nennen. Die Verbitterung auf deutscher Seite ist auch dadurch genährt worden, daß zum mindesten einzelne englische Dienststellen und Angehörige der Besatzungsmacht die Deutschen als *«natives»* zu behandeln belieben. Aus den angeführten Gründen herrscht in Süd-Württemberg-

Baden eine ähnliche Stimmung gegenüber den Franzosen, während in der *amerikanischen Zone* zwar auch keine reine Freude, aber ein allmählich erträglich gewordenes Verhältnis sich angebahnt hat.

*

Ganz anders in der

Ostzone.

Die Rote Armee hatte bei ihrem Kommen, das für jede einzelne Provinz ja die Befreiung von der Hitlerherrschaft bedeutete, eine große Chance, sich die Herzen der Deutschen zu erobern. Auch die Kreise, die dem Kommunismus gegenüber völlig ablehnend oder zum mindesten skeptisch waren, fanden sich bereit, auch ihm eine Chance zu geben, wenn die Befreier Werbekraft ausgeübt hätten. Nun ist der Anschauungsunterricht, den die Rote Armee der deutschen Bevölkerung in allen von ihr besetzten Gebieten erteilt hat, ein so instruktiver, daß *jede Illusion verschwunden* ist und daß kein Deutscher vergessen kann, was damals und auch heute den Deutschen geschieht, was an willkürlichen Verhaftungen tagtäglich ganz wie in der Gestapozeit passiert, bei denen man von den Verhafteten niemals wieder auch nur die kleinste Nachricht erhält, und was auch heute an Diebstählen und Raub geschieht, so daß die Deutschen mit dem adaptierten russischen Ausdruck die Rote Armee die *«Armee Zappzarapp»* nennen.

*

Der eigentliche Grund der Ablehnung liegt aber tiefer. Man mag den Russen leiden oder verabscheuen. Das ändert nichts an der Tatsache, daß er im Lande steht und lange dort bleiben wird. Infolgedessen haben verantwortungsbewußte Männer aus allen Berufen und allen Kreisen die ernsthaftesten Versuche gemacht, loyal auch mit dieser Besatzungsmacht zusammenzuarbeiten. Sie haben *auf russischer Seite keine Gegenliebe* gefunden, und Zeiten einer scheinbar friedlichen Zusammenarbeit wurden oft im Abstand von Stunden von schwersten Willkürakten und Gewaltmaßnahmen abgelöst. Der Russe, von einem grenzenlosen Mißtrauen erfüllt, das man zum Teil durchaus verstehen kann, ist von dem Deutschen durch eine Wand geschieden. *Geht man der letzten Wurzel nach, so findet man, daß es dieselbe Wand ist, die den Deutschen von den Nazideutschen trennte.* Der Nazideutsche lebte in der ständigen Furcht vor der Gestapo und wagte kein eigenes Urteil und kein freies Wort. Hinter jedem einzelnen Russen bis in die höchsten militärischen Stellen hinauf steht *die NKWD,* und kein Russe wagt es, als freier Mann zu freien Menschen frei zu reden. Wie der Gegensatz zwischen den Nazideutschen und den andern Deutschen nicht zu überbrücken war, so ist der Gegensatz zwischen uns und den Menschen, die in der Furcht der NKWD leben, niemals zu überwinden.

Londoner Brief

«Suche nicht vergebne Heilung!
Unsrer Krankheit schwer Geheimnis
Schwankt zwischen Übereilung
Und zwischen Versäumnis».

Wenn Goethe recht hat, so wird man der englischen Regierung schwerlich nachsagen können, daß sie sich als der wahre Heilkünstler erwiesen habe. Versäumnis wird ihr auch von ihren eigenen Anhängern vorgeworfen. Wie sie sich im Winter von der Kohlenkrisis überraschen ließ, so jetzt im Sommer von der noch

viel ernsteren allgemeinen Krisis. Als der Premierminister Attlee am 6. August zum ersten Mal dem Unterhaus sein Programm für die Bekämpfung der allmählich auch dem Vertrauensseligsten offenbar gewordenen Krisis vortrug, war die Enttäuschung über seine Unzulänglichkeit allgemein, und selbst viele Zeitungen, die bisher die Regierung gestützt hatten, konnten sich nicht enthalten, ihr deutlich Ausdruck zu geben. Als dann vierzehn Tage später der Schatzkanzler Dalton verkündete, daß die Regierung die Konvertibilität der Schulden, die erst fünf Wochen vorher in Kraft getreten war, wieder aufgehoben habe, wagte niemand mehr zu bestreiten, daß diese Regierung von der Hand in den Mund lebe und die Folgen ihrer eigenen Politik auch nicht einmal für wenige Wochen vorher zu sehen wisse. Seit dem Dezember 1945, als

die amerikanische Anleihe

abgeschlossen wurde, wußte sie, daß der 15. Juli 1947, an dem die Konvertibilität in Kraft treten sollte, ein kritischer Tag erster Ordnung werden mußte — die Minister hätten gut daran getan, die Rede, die Churchill bei der Beratung der Anleihe-Bill gehalten, noch einmal durchzulesen —, aber man sieht nicht, daß sie irgend etwas getan hätte, um sich auf diesen kritischen Tag vorzubereiten. Da die Beseitigung der Konvertibilität die Einstellung des amerikanischen Kredits bedeutet, so hat die Anleihe, die bis 1950 oder doch wenigstens 1949 reichen und die vom Krieg so schwer getroffene Wirtschaft wieder zu Kräften bringen sollte, im August 1947 ihr Ende erreicht, ohne daß die erhoffte Gesundung auch nur merklich gefördert worden wäre. Am 12. Dezember 1945 hat Dalton in beweglichen Worten dem Parlament den Zustand geschildert, der eintreten würde, wenn es die Anleihe ablehnen sollte. Genau dieser Zustand ist jetzt, im Herbst 1947, eingetreten.

Ob die Regierung sich auch der Übereilung schuldig gemacht habe, ist je nach dem Parteistandpunkt streitig. Die Opposition behauptet, daß die Verstaatlichung von Kohlengruben und Transportmitteln übereilt war; die Labour-Partei und die Gewerkschaften behaupten, es sei die höchste Zeit gewesen und die Stahlindustrie müsse schleunigst folgen. Ohne die Prinzipienfrage zu erörtern, kann man doch die Frage aufwerfen, ob

die Verstaatlichungen

etwas zur Heilung der gegenwärtigen Not beigetragen, d. h. die Produktivität der britischen Wirtschaft gesteigert habe. Auch begeisterte Sozialisten werden zögern, sie in bezug auf den Kohlenbergbau zu bejahen. Die Zahlen sprechen eine zu deutliche Sprache. Von den siegesgewissen Prophezeiungen, daß die Arbeiter mehr schaffen würden, sobald sie wüßten, daß es nicht mehr für die verhaßten Privatkapitalisten sei, hat sich nichts bewahrheitet. Die Fünf-Tage-Woche, die ihnen der Minister Shinwell mit leichtfertiger Großzügigkeit zugeschanzt, hat sich so sehr als Fehlschlag erwiesen, daß Attlee am 6. August von ihnen forderte, ihre tägliche Arbeitszeit als Notmaßnahme um eine halbe Stunde zu verlängern. Aber, obgleich er nur sagte, was jeder wußte, wenn er ausrief, die vermehrte Kohlenproduktion sei von vitaler Bedeutung für den Wiederaufbau Großbritanniens, ja Europas, so haben die Kohlenarbeiter doch bis heute noch nicht eine einzige halbe Stunde mehr gearbeitet. Seit sechs Wochen verhandelt das Staatliche Kohlenamt mit der Gewerkschaft, ohne zu einer Verständigung zu kommen, wenn man sich auch allmählich näher gerückt ist. Statt dessen ist über eine geringfügige technische Differenz zwischen demselben Kohlenamt und — 132 Arbeitern einer einzelnen Grube ein Streit ausgebrochen, der fünfzig Gruben ergriffen und der britischen Wirtschaft in dieser Zeit der dringenden Not über 600 000 Tonnen Kohle gekostet hat. Manche Sachverständige behaupten, ein privater Unternehmer wäre mit seinen Arbeitern schneller zu einer Verständigung gekommen als das bürokratische Amt. Wie dem auch sein mag, die Gewerkschaft der Kohlenarbeiter hat zweifellos versagt. Trotzdem der

Streik «inoffiziell», d. h. von der Gewerkschaft mißbilligt war, hat sie doch mehr als vier Wochen gebraucht, um die Streikenden wieder zur Arbeit zu bringen. Von Washington aber hört man den Ruf des Staatssekretärs für Handel und Industrie, Harriman, Großbritannien solle jetzt ebensoviel Kohlen produzieren wie vor dem Kriege. Harriman ist gewiß ein Freund Englands; aber er ist auch ein Kabinettskollege Marshalls.

Die Beunruhigung, die diese Vorgänge im Publikum wachgerufen haben, wird gewiß nicht gemildert durch die *Erhöhung des Kohlenpreises* um 4 sh., zu der sich das Staatliche Kohlenamt entschlossen hat. Es hatte dafür allerdings zwingende Gründe; denn es berechnet, daß es an jeder Tonne britischer Kohle fast 4 sh. verliert. Der «Mehrwert» ist also nicht nur verschwunden, sondern in sein Gegenteil umgeschlagen. Auch diese finanzielle Seite gibt Stoff zum Nachdenken. Das erfolgreichste Experiment der Sozialisierung war bisher die Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen. Aber einer, der es wissen mußte, *Miquel,* der geschickteste und begabteste Finanzminister, den das Königreich Preußen je gehabt, sagte am 20. November 1898 zu dem Reichskanzler Fürst Hohenlohe:

> *«Ich habe mich überzeugt, daß die Verstaatlichung der Bahnen ein Fehler gewesen ist. Man verlangt zu viel von der Verwaltung, und wenn kein Halt geboten wird, kommen wir in Verlegenheiten und Defizit».*

Und wie viel unabhängiger von populären Forderungen war damals ein preußischer Minister als heute irgend ein parlamentarischer!

Inzwischen hat nun die Regierung nach und nach die *Eingriffe* veröffentlicht, durch die sie die ungeheure Lücke zwischen Ausfuhr und Einfuhr allmählich schließen will. Wie weit das gelingt, muß die Zukunft lehren. Daß sie der Bevölkerung sehr schwere Lasten und Entbehrungen auferlegen, ist sicher. Die grundsätzlich wichtigste Maßregel ist die am 18. d. M. veröffentlichte Verordnung über die Zwangs-Dirigierung der Arbeiter in diejenigen Betriebe, die der Regierung als wesentlich erscheinen. Sie wird gewiß mit der größten Vorsicht angewandt werden. Aber sie ist gleichwohl ein ganz schwerer Eingriff in die persönliche Freiheit, wie ihn sich bisher nur Diktatoren zugetraut haben. Allerdings hat der Kongreß der Gewerkschaften ihr seinen Segen gegeben. Aber man wird ihm mit der Annahme nicht Unrecht tun, daß sein Motiv vornehmlich die Besorgnis war, die Regierung könnte sich sonst zu Maßregeln genötigt sehen, die noch tiefer in die eigentliche Sphäre der Gewerkschaften eingreifen. Denn diese lassen immer noch nicht von der Illusion, ihre Mitglieder hätten in einer Zeit allgemeiner Verarmung ein Recht nicht nur auf Wahrung, sondern sogar Besserung ihrer Lebenshaltung.

Die *Gewerkschaften* werden zweifellos auch weiter für die Regierung kämpfen, die sie als ihre Vertreterin ansehen. Aber bei anderen Volkskreisen muß deren Ansehen nach so vielen Mißerfolgen zurückgehen. Ein Anzeichen bietet

die jüngste Nachwahl

in einer Arbeitervorstadt Liverpools, in welcher der Regierungskandidat über 2300 Stimmen verlor, während der konservative 1700 gewann. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Aber nach der musterhaften Bearbeitung der Wahl von 1945 durch McCallum und Allison (Oxford University Press) haben damals die sozialistischen Parteien nur 65 000 mehr Wähler auf die Beine gebracht als die nichtsozialistischen. Bei insgesamt 24 Millionen abgegebenen Stimmen! Noch eine andere Lehre enthält das Ergebnis der Nachwahl. Der liberale Kandidat erhielt noch keine tausend Stimmen (von über 20 000). Der gewählte Labour-Mann aber ist ein früherer Liberaler, der als solcher zweimal durchgefallen war. Für den Unbefangenen ist die Lehre nicht schwer zu ziehen.

Auch die Kränze, die man Attlee nach der Unabhängigkeits-Erklärung Indiens geflochten hat, sind schnell verwelkt. Zwar gelang es, die beiden Dominions

Indien und Pakistan

pünktlich am 15. August ins Leben zu rufen. Aber die Reden zur Feier dieses Tages waren noch nicht verhallt, als im Pundschab das große Morden begann. «Während des kurzen letzten Monats sind mehr Inder getötet worden als in allen Unruhen der letzten fünfzig Jahre», schreibt der Korrespondent der «Times» am 18. September aus Delhi. «Millionen sind von Haus und Hof vertrieben worden». Hunger und Cholera drohen. Werden die eben aus dem Boden gestampften Regierungen mit diesen Problemen fertig werden? War die Existenz einer neutralen Macht, vor der sich die tödlich verfeindeten Religionsparteien gleichmäßig beugten, vielleicht doch nicht ganz ohne Nutzen für die «Geknechteten»? Ist der «stolzeste Tag der englischen Geschichte», von dem einst Macaulay sprach, willkürlich vorverlegt worden?

Im übrigen herrscht in der

auswärtigen Politik

eine gespannte Stimmung der Erwartung. Alle Gedanken richten sich auf den Marshall-Plan, der Hilfe bringen soll. Seine Vorbedingung ist ein befriedigendes Ergebnis der *Pariser Verhandlungen,* in denen die englischen Delegierten sicher ihr Bestes im Interesse einer einheitlichen westeuropäischen Wirtschaftspolitik getan haben und in die das amerikanische Staatsdepartement mit scharfer, aber förderlicher Kritik eingegriffen hat. Das Ergebnis liegt heute noch nicht vor, wird aber bei der Veröffentlichung dieser Zeilen bekannt sein. Ebensowenig läßt sich heute das Resultat der *Uno-Tagung* überblicken. Inzwischen kann man aber einen kleinen Schritt zur Wiederherstellung des Friedens registrieren: die *Beendigung des Kriegszustandes mit Österreich* durch Erklärung der britischen Regierung.

Ignotus.

Brief aus USA

Sie bitten mich um einen Bericht über die amerikanische Einstellung zu den Problemen der Außenpolitik. Ich glaube, ich muß diese Bitte mit der Feststellung beantworten, daß eine solche grundsätzliche Einstellung im amerikanischen Volk überhaupt nicht besteht. Nicht nur die Meinung des Publikums, auch die offizielle Außenpolitik der USA selbst sind weitgehend innerpolitisch bedingt. Regierung, Parteien, Presse und Volk behandeln, propagieren und kritisieren außenpolitische Fragen unter dem Gesichtswinkel der nächstjährigen Präsidentenwahl.

Die

Truman-Marshall-Politik

findet weitgehende Billigung bei Demokraten und Republikanern, obwohl der Präsident seit den letzten Kongreßwahlen in der wenig beneidenswerten Lage ist, weder im Repräsentantenhaus noch im Senat eine Parteimehrheit hinter sich zu haben. Er muß also vorsichtig lavieren, und er tut dies mit steigender Geschicklichkeit, — obwohl manche dieses Lavieren voller Konzessionen einen Verrat an seinem großen Vorgänger Roosevelt nennen. Der Demokrat Truman befolgt heute eine Außenpolitik, die von seinen republikanischen Gegnern nur unterstützt werden kann. Sie

haben gar keine andere Wahl, denn es ist ihr eigenes außenpolitisches Programm. Damit hat Truman und seine demokratische Partei dem Gegner den Wind aus den Segeln genommen.

In innerpolitischen Fragen

hat der Präsident manche Schwierigkeiten. Zwei wichtige Gesetze sind in diesem Jahr über sein Veto hinaus mit Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern angenommen worden, und die Exekutive hat jetzt die unangenehme Pflicht, diese Gesetze in der Verwaltung durchzuführen. Aber diese Niederlage hat anderseits dem Präsidenten im Hinblick auf eine etwaige Wiederwahl im nächsten Jahr die Sympathien von Millionen amerikanischer Arbeiter gebracht. Denn zum mindesten der zum Gesetz gewordene Taft-Hartley-Pakt wird von den großen Arbeiter-Organisationen bitter bekämpft und nach Möglichkeit boykottiert. Truman hat die Verantwortung für diesen Akt abgelehnt und mit seinem Veto den Republikanern allein aufgebürdet.

Außenpolitisch kann die

republikanische Mehrheit im Kongreß

weder gegen den Marshall-Plan in Europa und die Politik in Griechenland noch gegen die südamerikanischen Reisen und Verteidigungs-Verträge des Präsidenten stichhaltige Einwendungen machen. Auch nicht gegen eine neuerliche Hilfe für England, die mehr oder weniger darauf hinauslaufen kann, daß Englands Verpflichtungen in seiner deutschen Verwaltungszone zu einem erheblichen Teil von den USA übernommen werden. Dies wiederum würde bedeuten, daß die USA die deutsche Industrie in Westdeutschland viel energischer mobilisieren und für die amerikanischen Interessen arbeiten lassen könnten als bisher. Wenn man diesen Wunschtraum gewisser amerikanischer Finanz- und Industriekreise weiterdenkt, so werden eines Tages nur noch Rußland auf der einen und die USA auf der anderen Seite des «Vorhangs» Deutschland verwalten. (In Griechenland ist England bereits weitgehend von den USA ersetzt worden.) Die Situation ist entscheidend anders als nach dem ersten Weltkrieg. Damals zogen sich die USA rasch in die Isolation zurück, heute wird das Gewicht der größten Weltmacht überall in die Waagschale geworfen.

All das geschieht unter dem

Schlagwort des Antikommunismus,

der «Rettung westlicher Zivilisation vor Rußland». Es ist die Politik der Republikaner, — und es ist die Politik des Demokraten Truman.

Vorspiel zur Präsidentenwahl:

die Demokraten müssen Truman wieder als ihren Kandidaten aufstellen, jede andere demokratische Kandidatur wäre ein Mißtrauensvotum gegen den eigenen Mann. Die Republikaner haben bis jetzt vergeblich nach einer außenpolitischen Blöße des Präsidenten gesucht; sie werden sich auf innerpolitische Tagesfragen beschränken müssen, wenn sie die «Plattform» für ihren — bisher nicht aufgestellten — Kandidaten festsetzen. Nach den letzten Kongreßwahlen ist theoretisch ein klarer Sieg der Republikaner auch bei der Präsidentenwahl zu erwarten. Aber in der letzten Zeit hört man zweifelnde Stimmen. Die Demokraten fangen bereits mit ihrer Propaganda an, vorsichtig und betont harmlos. Man liest immer wieder: Truman macht das alles doch wirklich recht nett. Schaut nur, wie er sich entwickelt, der frühere unscheinbare Vizepräsident! Marshall-Plan, Pariser Konferenz ohne Rußland und seine Satelliten, energisches Auftreten gegen das Argentinien des Diktators Perón, das auf der

Südamerika-Konferenz aus der Reihe tanzen wollte, — das ist doch alles sehr tüchtig, sehr antikommunistisch, so gar nicht Rooseveltisch! Warum nicht Truman zu einem weiteren Term wählen? — Und die Republikaner wissen nichts darauf zu antworten, sie streiten sich noch in den eigenen Reihen über den eigenen Kandidaten, — Dewey, Taft und Staassen halten die ersten Werbefeldzüge.

Das amerikanische Volk, die breiten Massen sind nicht stark interessiert an diesem Spiel des gegenseitigen Wasser-Abgrabens. Das Volk ist heute weitgehend antikommunistisch und antirussisch eingestellt und wünscht eine starke und energische Außenpolitik. Die Sympathien für England sind nicht groß, seine Palästina-Politik wird scharf kritisiert, die indische Entwicklung kaum verstanden.

Auf dem innern Felde

hat man irgendwie das Gefühl, daß nicht alles in Ordnung sei. Die Preise steigen dauernd und haben bald die Höchstgrenze der letzten fünfundzwanzig Jahre überschritten; das Gespenst einer Depression droht. Die versprochenen billigen Autos, Refrigerators, Öfen und sonstigen Haushaltsmaschinen, die von den tausenden junger Ehepaare dringend gebraucht werden, bleiben aus, weil die Industrie mit den teuren Luxus-Modellen viel leichter und ausgiebiger verdient. Noch werden die Mieten niedrig gehalten, aber dafür werden so gut wie überhaupt keine neuen Häuser gebaut. Die Wohnungsknappheit ist katastrophal. Aber inwieweit das alles mit Außenpolitik zusammenhängt, — darüber macht sich das amerikanische Volk keine oder nur sehr unklare Vorstellungen.

Irgendwo im Hintergrund steht

der amerikanische Veteran,

der junge Kriegsteilnehmer, der als politischer Faktor bis jetzt nicht in Erscheinung getreten ist. Er hat meist andere Sorgen als Politik. Noch wird weitgehend von der Regierung für seine Berufsausbildung gesorgt, und er arbeitet verbissen am Aufbau seiner eigenen Existenz. Es ist eine Elite in diesem Riesenvolk, eine Elite an Erziehung, Wissen, Können, Erfahrung und Energie. Er braucht keine Zeitungen zu lesen, um von der militärischen Stärke der USA und ihrer Weltmachtsposition überzeugt zu werden. Er war ein aktiver Teil dieser Riesenmaschinerie.

Aber er wünscht unbedingt Frieden, einen langen, dauerhaften Frieden.

Es ist vielleicht die entscheidendste Frage für die zukünftige amerikanische Außenpolitik, ob und inwieweit der Veteran sich durchsetzen wird, wenn er erst einmal Zeit hat, sich mit Politik zu beschäftigen.

Georgetown, Texas. *Friedrich Gaupp.*

Das Landesinteresse geht vor

Am 22. September hätte vor den Schranken des Schwurgerichtes in Winterthur ein *Ehrverletzungsprozeß* beginnen sollen, durch den das weitschichtige Gebiet unseres *militärischen Nachrichtendienstes* während des letzten Krieges unter die Lupe genommen worden wäre. Im Inland blickten viele voll Besorgnis, gewisse Kreise auch mit Sensationslust nach Winterthur, im Ausland aber war die Spannung groß. In letzter Stunde kam ein *Vergleich* zustande. Dieser Vergleich lag im Interesse des ganzen Landes.

Es ist in erster Linie ein Verdienst des Schwurgerichtspräsidenten *Egloff,* daß, vor Beginn eines Dramas mit unabsehbaren Folgen, im letzten Augenblick der Vorhang heruntergelassen wurde. Hier war Schweigen ein dringendes Gebot.

In keiner Armee darf der Nachrichtendienst mit all seinen Winkelzügen der Geheimsphäre entrückt werden. Wäre dies in Winterthur doch geschehen, hätte das Abrollen eines sturmbewegten Filmes nicht nur die an sich vielleicht wünschbare Folge gehabt, das Werturteil über manche bekannte Figur auf dem militärischen Schachbrett von Grund auf zu ändern. Letzten Endes geht aber das Interesse des Landes gegenüber demjenigen der einzelnen Person immer vor. Es wären, zum Nachteil unseres Landes, auch Fehler, die der Vergangenheit angehören, ganz unnötig ins Rampenlicht gezerrt worden. Fehler, die nur unter Berücksichtigung aller nervenaufreibenden Umstände vielleicht verständlich sind. Fehler, die im Rahmen des Pflichtkreises wohl meist in bester Absicht begangen wurden. Heute ist aber die Distanz noch viel zu wenig groß, um in diesen heiklen, mit keinem Gesetzesbuchstaben zu fassenden Fragen einen objektiven Maßstab anzulegen. Ja selbst die Frage, ob in gewissen Fällen überhaupt Fehler vorliegen, wird erst eine spätere Geschichtsschreibung entscheiden können, wenn die ganze Materie dem Bereich der politischen Leidenschaft entrückt ist.

Da Oberstbrigadier *Masson* vor kurzem durch den Bundesrat völlig rehabilitiert worden ist, fiel das Hauptmoment des Prozesses dahin. Vor allem: nach dem Prozeß wäre der Ausbau des Nachrichtendienstes auf Jahre hinaus überall im Ausland auf verschlossene Türen gestoßen.

Ein großes Verdienst am Vergleich kommt auch der Partei der Angeklagten zu, welche die Hand hiezu bot. Sie hatte sich ritterlich für einen Offizier gewehrt, den im Herbst 1945 monatelang eine Flut von Verleumdungen zu Boden drücken wollte. Oberstbrigadier Masson selbst hat durch seine Haltung bewiesen, daß er, neben seiner hervorragenden Eignung als Chef des Nachrichtendienstes, auch über eine *«élegance morale»* verfügt, und er zeigte eindrücklich, daß der wahre Offizier nicht sich selbst, sondern *seinem Lande* dient. *Miles.*

Berichtigung

In der *«Militärischen Umschau»,* Septemberheft, S. 397, letzter Absatz, betr. *Wehraufwendungen,* soll es richtig heißen: Wehraufwendungen von 400 Mio. machen $2^2/_3$ % des Volkseinkommens von 15 Milliarden aus (nicht 22,3 %).